

## Spekulationen über chinesische Geldpolitik

hena. SCHANGHAI, 29. April. Folgt Chinas Geldpolitik angesichts eines drohenden Wirtschaftsabschwungs den Zentralbanken des Westens und betreibt bald seine eigene Spielart der quantitativen Lockerung? Darüber diskutieren Anleger und Ökonomen im In- und Ausland, seit am Montag chinesische Zeitungen spekuliert haben, die Pekinger Zentralbank erwäge neue Formen der Geldpolitik wie den massenhaften Kauf von Anleihen der überschuldeten Lokalregierungen sowie direkte Finanzierung der Banken, um eine Kreditklemme zu verhindern.

Die Leistung der zweitgrößten Volkswirtschaft ist im ersten Quartal mit 7 Prozent so langsam gewachsen wie zuletzt im Quartal nach der Pleite der amerikanischen Lehman-Bank 2008. Einerseits sieht die Regierung in den abflachenden Wachstumsraten die Chance, das Wirtschaftsmodell von der Fokussierung auf Investitionen wie dem Hausbau hin auf die Förderung von Innovationen wie aus der IT-Industrie umzustellen. Andererseits könnte ein zu starker Abschwung soziale Unruhen auslösen. Unter Verweis auf anonyme Quellen hieß es nun, Chinas weisungsgebundene Zentralbank werde wegen dieser Gefahr nach dem Vorbild der Europäischen Zentralbank (EZB) Hunderte Milliarden Yuan drucken. Peking hat nun über die Nachrichtenagentur „Xinhua“ widersprochen: Gerüchte über eine quantitative Lockerung in China seien falsch. Das hat unter anderem die Kurse im deutschen Börsenindex Dax auf Talfahrt geschickt.

Die Verschuldung von Chinas Lokalregierungen, die den Löwenanteil der chinesischen Staatsausgaben stemmen müssen, aber dafür wenig Steuereinnahmen von der Zentralregierung erhalten, ist in den vergangenen Jahren so stark gestiegen, dass sie das Finanzsystem zu destabilisieren droht. Diese Schulden sollen nun tatsächlich mit Geld aus Peking finanziert werden. Chinas Infrastrukturbanken sollen zu dem angeblich 60 Milliarden Dollar erhalten, um im In- und Ausland den Bau von Straßen und Flughäfen zu finanzieren.

All dies dürfte jedoch eher einer „qualitativen“ anstatt einer „quantitativen“ Lockerung „nahekommen. Chinas Zentralbank hat für konventionelle Geldpolitik noch viel Spielraum: obwohl sie in diesem Jahr bereits zwei Mal den Leitzins gesenkt hat, liegt dieser immer noch über 5 Prozent und nicht nahe null wie im Westen. Chinas Banken müssen weiter mit fast einem Fünftel ihrer Einlagen vergleichsweise hohe Mindestreserven hinterlegen. China kopiert auch nicht die „Dicke Bertha“, jenes EZB-Programm, durch das meist südeuropäische Banken langfristige Milliardenkredite zu niedrigem Zins erhalten haben.

## Warnhinweise auf Bier- und Weinflaschen gefordert

Europaabgeordnete wollen Hersteller zu Kalorienangaben verpflichten

hmk. BRÜSSEL, 29. April. Für Lebensmittel gibt es sie längst. Nun sollen auch alkoholische Getränke mit Angaben zum Kaloriengehalt versehen werden. Ein Glas Rotwein etwa hat 170 Kalorien, ein halber Liter Bier 220 Kalorien – und das sollte der Konsument wissen. Dafür zumindest hat sich das Europäische Parlament am Mittwoch in Straßburg ausgesprochen. Die Europäische Kommission solle bis spätestens Ende 2016 einen entsprechenden Gesetzesvorschlag vorlegen, fordern die EU-Abgeordneten. Auch wollen sie die Hersteller verpflichten, auf Flaschenetiketten wie Getränkedosens Warnhinweise für Schwangere und Autofahrer zu drucken. Gedacht wird an Piktogramme oder Hinweise nach dem Motto „Don't drink and drive“ (Fahre nicht, wenn du getrunken hast).

Die Forderung nach einheitlichen EU-Mindestpreisen für alkoholische Geträn-



Kulturwandel: Junge Schüler sollen mehr Fremdsprachen lernen, ältere weniger.

Foto Reuters

## Deutschkenntnisse in Frankreich gefragt

Frankreichs Unternehmen wenden sich gegen die geplante Abschaffung von Fremdsprachenklassen durch die Regierung in Paris.

chs. PARIS, 29. April. Wenn sich die Konzernchefs des französischen Börsenleitindex CAC-40 zu Fragen von Sechstklässlern äußern, muss etwas Außergewöhnliches vorgefallen sein. Der Vorstandsvorsitzende des Luft- und Raumfahrtkonzerns Airbus, Fabrice Brégier, kritisierte vor einigen Tagen in Paris die geplante Schulreform der französischen Sekundarstufe. „Diese Reform geht völlig gegen den Strom dessen, was notwendig ist“, polterte der französische Spitzenmanager gegenüber Journalisten und forderte, dass die Regierung ihre Pläne so rasch wie möglich ändern solle.

Stein des Anstoßes ist die geplante Veränderung des Fremdsprachenunterrichts. Die französische Bildungsministerin Najat Vallaud-Belkacem will die sogenannten Bilingualen Zweige in der sechsten bis neunten Klasse abschaffen. In diesen Sonderklassen wird intensiver als in den anderen Klassen Deutsch und Englisch gelehrt. Der sozialistischen Ministerin sind diese Klassen zu „elitär“, sie glaubt, dass vor allem die Wohlhabenden davon profitierten und der Rest auf der Strecke bleibe. Ihr Rezept dagegen: Den Fremdsprachenunterricht früher anfangen lassen und auf alle Schüler ausdehnen. So würde die Mehrzahl der Schüler tatsächlich mehr Sprachunterricht haben als bisher, doch gegenüber den Spezialklassen würde die Stundenzahl sinken. „Gleichheit, aber auf einem tieferen Niveau“ sei

die Folge für einen erheblichen Teil der Schüler, werfen die Kritiker der Ministerin vor. „Wenn man im Kindergarten ein paar Stunden Englisch hat, heißt das nicht, dass man mit 17 automatisch gut Englisch kann“, meinte Airbus-Chef Brégier.

Die Angriffe haben auch einen ganz konkreten Grund: Die Unternehmen in Frankreich suchen händierend Kandidaten mit Deutschkenntnissen. „Bei der aktuell hohen Arbeitslosigkeit haben wir Mühe, deutschsprachige Franzosen zu finden – eine Kompetenz, die häufig unverzichtbar ist, um in unseren Unternehmen oder im Export zu arbeiten“, schrieb Guy Maugis, Chef von Bosch Frankreich sowie Präsident der deutsch-französischen Industrie- und Handelskammer (AHK) an die Ministerin. „Tausende von Stellen“ blieben daher unbesetzt und Exportmärkte gingen verloren oder würden gar nicht erst erobert, stellte der Manager fest. Der Mangel trete querbeet auf: Höhere Angestellte, Ingenieure, Vertriebsleute und Verwaltungspersonal seien betroffen. Die AHK, die in Frankreich 3000 deutsche Unternehmen mit 300 000 Arbeitsplätzen vertritt, zeigt sich dabei außergewöhnlich militant. Auf ihrer Website kann man per Link eine Petition gegen die Reform elektronisch unterzeichnen. Fast 33 400 Personen haben das bisher getan.

„Den anderen zu verstehen – das ist nicht nur der Schlüssel für die deutsch-französische und europäische Verständigung, das ist der Schlüssel für jede Art von Erfolg“, meint der Frankreich-Chef von BASF, Xavier Susterac, der mit einer Deutschen verheiratet ist und seinen Sohn zweisprachig erzieht. Er sei „sehr enttäuscht“ über den Reformvorschlag, „der hoffentlich nicht das letzte Wort ist“.

Auch BASF brauche Fachkräfte mit Deutschkenntnissen. „Viele Besprechungen in der Gruppe werden zwar in Englisch abgehalten, doch am Ende geht man häufig zu Deutsch über“, berichtet der Franzose, der in Frankreich 3000 Mitarbeiter hat. Dass das Erlernen der deutschen Sprache als elitär angesehen werde, versteht er nicht. Vor wenigen Tagen hatte BASF zusammen mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk Schüler aus dem sozial benachteiligten Norden von Paris in die Konzernzentrale eingeladen, um ihnen nicht nur die Vorteile einer dualen Berufsausbildung schmackhaft zu machen, sondern auch die deutsche Sprache. Dabei rannten sie offene Türen ein, denn die jungen Leute aus einem Collège des Pariser Vorortes Aulnay-sous-Bois lernen bereits Deutsch.

Die Botschaft ist bei der Ministerin Vallaud-Belkacem bisher allerdings nicht angekommen. „Die Regierung bewegt sich nicht“, berichtet Hans Herth, der Präsident der Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften für Europa. Die Ministerin betont, dass sie sogar neue Durchschleier einstellen wolle, denn im Durchschnitt nehme die Zahl der Stunden zu. Doch daran herrschen große Zweifel. Die Kritiker erwarten, dass künftig wieder mehr französische Schüler Spanisch als zweite Fremdsprache neben Englisch wählen werden. Der Niedergang der deutschen Sprache in Frankreich, der durch die Spezialklassen gestoppt worden war, werde damit wieder einsetzen. Vereinspräsident Herth übt freilich auch Kritik an deutschen Stellen, weil sie nicht genügend für Deutschland und die deutsche Sprache Werbung machten. „Die Franzosen können das viel besser. Der Spruch ‚Leben wie Gott in Frankreich‘ ist dafür das beste Beispiel.“

## Briten wollen höhere Steuern gesetzlich verbieten

Regierung verspricht im Wahlkampf eine „Steuersperre“

theu. LONDON, 29. April. Gelöbnisse, die Steuern nicht zu erhöhen, gehören zum Standardrepertoire von Politikern im Ringen um die Wählergunst. Doch Großbritanniens Premierminister David Cameron geht kurz vor den hartumkämpften Parlamentswahlen auf der Insel einen Schritt weiter: Am Mittwoch kündigte der Regierungschef von der Konservativen Partei für den Fall seiner Wiederwahl eine gesetzlich verankerte Selbstbindung an: die „Steuersperre“ solle bis zum Jahr 2020 Erhöhungen der Einkommen- und Mehrwertsteuer sowie der Sozialversicherungsbeiträge ausschließen.

„Die erste Regel in der Politik lautet: Labour erhöhe die Steuern, und die Konservativen kürzen sie“, sagte Cameron in einer Attacke gegen seinen Gegenspieler Ed Miliband, den Spitzenkandidaten der oppositionellen Labour Party. Das Rennen um die Macht in Großbritannien ist weiter völlig offen: Gut eine Woche vor dem Wahltag am 7. Mai liegen die beiden großen Volksparteien Prognosen zufolge weiter Kopf an Kopf. Allerdings werden dem Labour-Chef Miliband die etwas besseren Chancen eingeräumt, weil seine Partei voraussichtlich mehr Optionen hat, einen Koalitionspartner zu finden.

Die Staatsfinanzen sind in den vergangenen Wochen zu einem der zentralen Schlachtfelder des Wahlkampfes geworden. Vor allem Camerons Konservative versuchen mit Steuergeschenken die Wähler für sich zu gewinnen. So hat Cameron unter anderem Entlastungen bei der Einkommensteuer für Geringverdienende und bei der Erbschaftsteuer versprochen. Zugleich geloben seine Konservati-

ven, das noch immer gewaltige staatliche Haushaltsloch bis zum Jahr 2019 komplett zu schließen. Trotz fünf Jahren harter Sparmaßnahmen ist das Defizit mit rund 5 Prozent der Wirtschaftsleistung noch immer eines der höchsten in Europa. Seit 2008 haben sich die britischen Staatsschulden annähernd verdoppelt. Sie machen derzeit rund 80 Prozent der Wirtschaftsleistung aus.

Doch gibt es große Zweifel, ob Cameron sein Versprechen, den Haushalt auszugleichen, ohne die Steuern zu erhöhen, einlösen kann: Kritiker warnen vor einem Kahlschlag im öffentlichen Sektor. Die Londoner Denkfabrik Institute for Fiscal Studies schätzt, dass in Schlüsselressorts wie Verteidigung, Verkehr, Justiz und im Sozialetat die Ausgaben bis 2019 um ein Drittel niedriger liegen müssten als 2010, damit Cameron sein Ziel erreicht. Bisher sei aber weitgehend unklar, durch welche konkreten Einschnitte die Regierung diese drastischen Einsparungen erreichen wolle. Bereits in den vergangenen fünf Jahren konnte Camerons Regierung ihr beim Amtsantritt abgegebenes Versprechen, das Defizit zu beseitigen, nicht einlösen.

Auch die Labour Party von Ed Miliband will im Fall der Regierungsübernahme weiter sparen, allerdings weniger hart als die Konservativen: Bis zum Ende des Jahrzehnts sollen lediglich die laufenden Regierungsausgaben ohne neue Schulden gedeckt werden. Für Investitionen will Labour dagegen weiterhin Kredite aufnehmen. Die Partei will unter anderem die Einkommensteuer für Besserverdienende erhöhen und eine neue Abgabe auf wertvolle Immobilien einführen. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer schließt auch Labour aus.

## Mietpreisbremse zuerst in Berlin

Nordrhein-Westfalen will folgen / Andere Länder prüfen

pso. FRANKFURT, 29. April. Als erstes Bundesland führt Berlin die Mietpreisbremse am 1. Juni ein. Eine entsprechende Verordnung hat der Senat nach eigenen Angaben beschlossen. Das zweite Bundesland könnte Nordrhein-Westfalen sein. Dessen Bauministerium äußerte auf Anfrage, dass die Landesregierung die Mietpreisbremsen-Verordnung unverzüglich beschließen werde. Man sei zuversichtlich, dass dies zum 1. Juli geschehe. Mit den Verordnungen legen Landesregierungen Kommunen oder Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten fest. Dort dürfen die Mieten bei neuen Verträgen nur um höchstens 10 Prozent über die örtliche Vergleichsmiete angehoben werden (Ausnahmen: Neubau und grundsanirierte Wohnungen). Grundlage ist eine umstrittene Gesetzesnovelle zum Mietrecht vom vergange-

nen April, mit der die Bundesregierung auf die teils stark gestiegenen Mieten vor allem in Groß- und Universitätsstädten reagiert hat.

Der Deutsche Mieterbund, der die Novelle begrüßt, erwartet, dass die Mietpreisbremse auch in Hamburg und Bayern schnell eingeführt wird. Mieterbund-Sprecher Ulrich Ropertz wies allerdings darauf hin, dass Stadtstaaten die Einführung deutlich leichter falle als Flächenstaaten, weil in den Verordnungen alle Kommunen mit angespannten Märkten zu nennen seien. So sei die Kappungsverordnung von 2013, die die Erhöhung von Bestandsmieten in angespannten Märkten zu deckeln ermöglichte, nur in neun Ländern eingeführt worden, darunter in allen Stadtstaaten. (Berlin führt die Mietpreisbremse ein, Immobilien, Seite 13.)

### Selbst der Preis steht Ihnen, mein Herr!

Om Sai Ram



**Spezialangebot für**  
Herren 2 Anzüge, 2 Hemden ab 580 €  
Damen 2 Kostüme, 2 Blusen ab 580 €

**Individuell angefertigter Maßanzug**  
aus Kaschmirwolle ab 780 €

**PRÄSIDENTEN-PAKET**  
3 Anzüge  
3 Extra-Hosen  
1 Sportsakko  
1 Smoking  
12 Hemden ab 3.980 €

Hongkongs berühmte Maßschneider reisen durch Deutschland, Belgien und die Schweiz. Verpassen Sie keinesfalls die Chance, in einer Stadt in Ihrer Nähe abgemessen und einkleidet zu werden!

GERMANY	Munich	NETHERLANDS
<b>Berlin</b> May 27th-30th   30th until 12pm The Ritz-Carlton Potsdamer Platz 3, 10785 Berlin	Apr 30th-May 2nd   2nd until 1pm Hilton Munich City Rosenheimer Strasse 15	<b>Amsterdam</b> May 20th-21st 21st until 12pm Renaissance Amsterdam Hotel
<b>Cologne</b> May 24th-25th   25th until 12pm Hyatt Cologne Marzellenstraße 13, 50668 Cologne	<b>Stuttgart</b> May 3rd-4th   4th until 12pm Le Méridien Stuttgart Willy-Brandt-Strasse 30	<b>SWITZERLAND</b> <b>Bern</b> May 8th-9th 9th until 12pm Schweizerhof Hotel
<b>Düsseldorf</b> May 17th-19th   19th until 12pm InterContinental Düsseldorf Königsallee 59, 40215 Düsseldorf	<b>AUSTRIA</b> <b>Vienna</b> Apr 28th-29th   29th until 12pm InterContinental Vienna	<b>Geneva</b> May 7th-9th 9th until 12pm Mandarin Oriental Hotel
<b>Frankfurt</b> May 5th-6th   6th until 1pm May 14th-16th   16th until 12pm Hilton Frankfurt Hochstrasse 4, 60313 Frankfurt am Main	<b>BELGIUM</b> <b>Brussels</b> May 22nd-23rd   23rd until 12pm Radisson Blu Hotel Brussels	<b>Zürich</b> May 10th-13th 13th until 12pm Hotel Marriott Zurich
<b>Hamburg</b> May 26th-27th   27th until 12pm Hamburg Marriott Hotel ABC-Strasse 52, 20354 Hamburg	<b>Öffnungszeiten: 10:00 - 20:00 Uhr</b> <b>Fragen Sie nach Herr Daswani Suite oder Raja Fashions, wenn Sie vor Ort eintreffen.</b>	

### Kurze Meldungen

#### OMT-Urteil am 16. Juni

Der Europäische Gerichtshof verkündet am 16. Juni sein Urteil über den Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Luxemburger Richter um eine Vorabentscheidung gebeten. Zugrunde liegen Klagen unter anderem des früheren CSU-Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler gegen das angekündigte OMT-Programm (Outright Monetary Transactions).

#### Regierung für höheres Briefporto

Nach drei Portoerhöhungen in Folge auf nunmehr 62 Cent müssen sich Briefeschreiber auf weiter steigende Preise einstellen. Das Bundeskabinett hat am Mittwoch eine umstrittene Neuregelung beschlossen, die der Post Spielraum für noch stärkere Preiserhöhungen gibt. Das federführende Bundeswirtschaftsministerium begründet dies mit den hohen Personalkosten des Konzerns und den „wirtschaftlichen Herausforderungen wachsender digitaler Konkurrenz“. Ob und wie stark die Preise zum nächsten Jahr steigen, will die Post erst im Herbst entscheiden. bü.

#### Rentenerhöhung

Die tunusgemäße Rentenerhöhung zum 1. Juli beschert den gut 20 Millionen Rent-

ke fand hingegen keine Mehrheit. Das gilt auch für den Vorstoß, ein europäisches Mindestalter für den Alkoholkonsum von 18 Jahren einzuführen. Die Mitgliedstaaten werden in der Entschließung des Europaparlaments aber dazu aufgerufen, die nationalen Vorschriften zum Mindestalter für den Alkoholkonsum strikt umzusetzen. In Deutschland liegt das Mindestalter für den Verkauf von Bier und Wein momentan bei 16 Jahren. Hochprozentige alkoholische Getränke dürfen nur an Volljährige verkauft werden. Auch fordern die Abgeordneten die EU-Staaten auf, den Verkauf sehr günstigen Alkohols zu untersagen.

Das Europäische Parlament begründet seinen Vorstoß damit, dass Alkoholmissbrauch in einigen EU-Staaten der zweithäufigste Grund für Krankheiten sei und Alkoholsucht mehr als 60 chronische Krankheiten, darunter Leberkrankheiten

und Bauchspeicheldrüsenentzündungen, begünstige. Nach Angaben der Europäischen Kommission stehen etwa 25 Prozent aller Todesfälle bei Männern zwischen 15 und 29 Jahren in Verbindung mit Alkohol. Die neue EU-Alkoholstrategie solle nicht bevormunden, sondern vorbeugend aufklären, sagte die Europaabgeordnete Susanne Melior (SPD) nach dem Votum: „Wir legen großen Wert darauf, dass das Augenmerk auf dem Schutz von Kindern, Jugendlichen und schwangeren Frauen liegen wird.“ Der Abgeordnete Peter Liese (CDU) warnte hingegen: „Die EU darf nicht den Menschen den Eindruck vermitteln, dass sie ihnen alles vermiesen will.“ Moderater Alkoholkonsum könne mit einer gesunden Lebensweise in Einklang stehen.

Ob der Vorstoß des Europäischen Parlaments in der EU-Kommission Widerhall findet, ist unklar.

wurf gebe es noch massiven Änderungsbedarf, ehe er für die Krankenhäuser annehmbar sei, sagte DKG-Präsident Thomas Reumann. Doch ist der Entwurf nicht nur in der Koalition, sondern weitgehend mit den Ländern abgestimmt. Das dürfte Veränderungen im parlamentarischen Verfahren erschweren. Die Reform setzt auf mehr Qualität, plant Ausgaben für einen Strukturfonds für schwache Kliniken und mehr Pflegestellen, aber auch Einsparungen dort, wo viel operiert wird. Reumann kritisierte, die Reform helfe weder dabei, die Lohnerhöhungen des Personals noch die ambulante Notfallversorgung oder die Investitionen zu finanzieren. am.

#### Maschinenbau legt zu

Die deutschen Maschinenbauer haben beim Auftragseingang im März 2015 um vier Prozent gegenüber dem Vorjahresniveau zugelegt. Das teilte der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau am Mittwoch in Frankfurt mit. Das Inlandsgeschäft sei um ein Prozent gewachsen, die Bestellungen aus dem Ausland um sechs Prozent. umx.

